

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 228.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pfg., zweimonatlich 1 M. 50 Pfg. und einmonatlich 75 Pfg.

38. Jahrgang.

Donnerstag, den 1. Oktober.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg.

1885.

Einladung zum Abonnement.

Indem wir das geehrte Publikum Freibergs sowie der näheren und weiteren Umgebung zum Abonnement auf unser täglich erscheinendes Organ

„Freiberger Anzeiger und Tageblatt“

pro viertes Quartal 1885 höflichst einzuladen uns erlauben, bitten wir, besonders die auswärtigen Abonnenten, die Bestellungen auf das Blatt rechtzeitig machen zu wollen, damit eine Unterbrechung resp. verspätete Lieferung vermieden wird.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 2 Mark 25 Pfg. Inserate, pro gespaltene Zeile 15 Pfennige, finden bei der großen Auflage des Blattes die weiteste und zweckentsprechendste Verbreitung. Bestellungen nehmen sämtliche kaiserliche Postanstalten, sowie die bekannten Ausgabestellen entgegen.

Die Expedition des „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“.

Der Papst als Vermittler.

Der Gedanke, den der weltlichen Herrschaft beraubten Papst zum Vermittler in einer rein weltlichen Besitzstreitigkeit zwischen dem protestantischen deutschen Kaiserthum und dem urkatholischen Spanien zu wählen, ist so originell, daß er die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich ziehen mußte. Die allgemeine Ueberraschung ist um so größer, als es sich nachträglich herausgestellt hat, daß es nicht Spanien war, welches diesen Vermittler vorschlug, sondern der leitende deutsche Staatsmann, der auf diese Weise den Widerwillen der Spanier besiegte, sich ihr angeblich unbestreitbares Recht auf die Karolinen-Inseln erst durch den Schiedspruch einer fremden Macht bestätigen zu lassen. Auf diese Weise bekundete aber auch die deutsche Reichsregierung ihr volles Vertrauen zur Gerechtigkeit ihrer Sache, da man dem Papste unmöglich eine Voreingenommenheit zu Gunsten der deutschen Ansprüche unterstellen könnte. Mehr oder minder wäre das Amt eines Schiedsrichters allen Mächten unwillkommen gewesen, weil jede derselben Bedenken getragen hätte, das mächtige Deutsche Reich zu verletzen oder sich von den heißblütigen Spaniern der muthwilligen Parteilichkeit beschuldigen zu lassen. Ganz abgesehen von der persönlichen Hochachtung, welche der Papst allgemein genießt und von der Weisheit, die sich voraussichtlich auch bei diesem außerordentlich schwierigen Streitfall befunden wird, ist die Stellung des von dem weltlichen Besitz losgelassenen heiligen Vaters bei derartigen Fragen eine vollständig unberührte und unbeeinflusste. Die meisten Großmächte haben dagegen gleich zu Anfang des Karolinen-Konflikts zu demselben eine so entschiedene Stellung eingenommen, daß ihre Unparteilichkeit angezweifelt werden könnte. Mit einem feltamen Eifer hat die englische Regierung Altenslände ausgegraben, aus welchen deutlich hervorging, daß Spanien früher selbst die Karolinen als herrenloses Eigenthum ansah. Frankreich dagegen litt in Marseille und anderen Orten, in welchen sich eine Anzahl von Spaniern angesiedelt hat, verschiedene Demonstrationen gegen Deutschland und gab selbst in Paris die Verherrlichung der Verbrüderung der lateinischen Völker zu. Nicht viel anders verhielt sich das mit den mitteleuropäischen Mächten politisch so eng verbundene Königreich Italien und ist es in Berlin sicher nicht übersehen worden, daß das angeblich ministerielle italienische Blatt „Diritto“ anlässlich der deutschen Besetzung von Jap Deutschland vor den Folgen eines Mißbrauchs seines Uebergewichts zu warnen wagte. Gerade in den dem „Diritto“ nahestehenden Kreisen ist man jetzt peinlichst überrascht zu sehen, daß der Bruch zwischen dem Berliner Kabinett und dem Vatikan durchaus kein unheilbarer ist.

Wenn einzelne ultramontane Blätter die „Wiedererhebung des Gefangenen im Vatikan zur Höhe seiner Mission“, wo die Herrscher und Völker sich vor dem päpstlichen Throne neigen, überschwänglich feiern, läuft dabei freilich sicher etwas Selbsttäuschung unter. Es kommt der deutschen Staatskunst nur ganz gelegen, dem Papste Leo XIII. zu beweisen, daß ihm gegenüber in Berlin keinerlei feindselige Gesinnungen oder Gegensätze obwalten, vielmehr alle Bedingungen vorhanden sind, zu einem für beide Theile günstigen kirchenpolitischen Friedensschlusse zu gelangen. In allen Fällen, in welchen der heilige Vater nicht nöthig hat, nach dem Kardinals-Kollegium und dem Jesuitengeneral zu fragen, schenkt die deutsche Reichsregierung seiner Weisheit und Gerechtigkeit längst das vollste Vertrauen. Man sieht sich in Berlin immer davon überzeugt, daß die kirchenpolitischen Differenzen zwischen Preußen und der römischen Kurie längst geschlichtet wären, wenn sich der Papst Leo XIII. von den friedensfeindlichen Einflüssen freimachen

könnte, die man auf die Jesuiten in Rom und Deutschland zurückführt. Es läßt sich wohl annehmen, daß Fürst Bismarck durch das dem heiligen Vater bei Uebertragung des Vermittleramtes bewiesene ehrenvolle Vertrauen, den deutschen Katholiken den klaren Beweis liefern wollte, daß sich die Haltung der preussischen Staatsregierung weder gegen die katholische Kirche noch gegen deren ehrwürdiges Oberhaupt richtet, sondern nur gegen die Unwandelbarkeit der jesuitischen Grundsätze und gegen die friedensfeindliche Kampflust der Ultramontanen in Deutschland.

Daß man in den Kreisen des deutschen Zentrums und der Jesuiten diese Nebenabsicht des deutschen Reichskanzlers vollkommene durchsah, geht daraus hervor, daß die Organe dieser Parteien durchaus keine besondere Genugthuung über das dem Papste bewiesene Vertrauen kundgeben. Der „Moniteur de Rome“ drückt in einem „Leo XIII. als Schiedsrichter“ überschriebenen Leitartikel sogar erhebliche Zweifel an der Friedensliebe des Fürsten Bismarck aus und stellt die völlig ungegründete Behauptung auf, „daß die Periode der Schwierigkeiten für Spanien erst an dem Tage begonnen habe, an welchem der deutsche Reichskanzler nach Berlin zurückgekehrt sei.“ Den „Unversöhnlichen“ unter den Ultramontanen kommt der Vermittlungs-vorschlag schon deshalb unangelegen, weil ihre Organe in Europa und Amerika von Anfang an die spanischen Ansprüche auf die Karolinen als unbestreitbar erklärt haben. Der „Germania“ erscheint das ganze Projekt nicht recht geheuer: „Zum Besten des Papstthums an sich“, schreibt das Blatt, „thut Fürst Bismarck sicher Nichts und nicht umsonst haben wir gleich in unseren beiden ersten Besprechungen der Vermittlungsfrage nicht bloß von der großen und wichtigen, sondern auch von der delikaten und schwierigen und vielleicht sogar — dornigen Aufgabe gesprochen, welche dem h. Vater im Vermittleramt werden würde!“ Wenig erbaud von der Entscheidung des Fürsten Bismarck zeigt sich freilich auch die freisinnige Partei in Deutschland. Die „Freisinnige Ztg.“ geht sogar soweit in ihrem Mißfallen, dieselbe als einen grundverlehrten Schritt zu bezeichnen. Der christlich-soziale „Reichsbote“ ist damit ebenfalls sehr unzufrieden und beklagt es, daß man den Einfluß des Papstes in die Politik hineinziehe, während man den Popprebiger des Kaisers aus derselben hinauszudrängen suche. Der „Hamburgische Korrespondent“ hat aber ganz Recht, wenn er schreibt: „Die Clerikalen aller Länder, Deutschland nicht ausgenommen, haben von vornherein die Berechtigung der spanischen Ansprüche vertreten. Die diplomatische Vermittlung in der Karolinenfrage aber kann der Papst wohl in einer Spanien sympathischen Gesinnung, nicht aber in der von vornherein feststehenden Ueberzeugung übernehmen, daß die Karolineninsel spanisches Nationaleigenthum sind. Der Papst muß also, wenn er die Vermittlung auf sich nimmt, in einen gewissen Gegensatz zu der ultramontanen Presse auch in Deutschland treten.“

Während die regierungsfreundlichen Berliner Blätter dabei stehen bleiben, daß es sich nicht um einen Schiedsrichterpruch, sondern nur um eine Vermittlung handle, welche keine unbedingte Unterwerfung voraussetze, behaupten die klerikalen Organe genau das Gegentheil. Die „Germania“ bringt z. B. folgendes bemerkenswerthe, aus Rom vom 25. September datirte Schreiben: „Heute Abend habe ich Ihnen mittels des Telegraphen in kürzester Form die Nachricht von der Annahme des Schiedsrichteramtes in der zwischen dem Deutschen Reich und Spanien wegen der Hoheitsrechte über die Karolineninsel bestehenden Streitfrage von Seiten des Papstes gesandt. Der Hergang dieser Sache ist in wenigen Worten folgender: Fürst Bismarck war Derjenige, welcher zuerst Leo XIII. als Schiedsrichter vorschlug, und nachdem er dazu die Ein-

willigung des Kaisers Wilhelm und des Kronprinzen erhalten, beauftragte er den Grafen Solms, diesen Vorschlag der Madrider Regierung zu übermitteln. Sowohl der König Alfons, wie auch das spanische Ministerium gingen bereitwillig darauf ein. Herr v. Schlözer ist heute früh hier angekommen und hat gegen Mittag dem Kardinal-Staatssekretär seine Aufwartung gemacht.“

Wie der Ausspruch des Papstes lauten wird, entzieht sich für jetzt jeder Beurtheilung. Sollte er für Spanien günstig ausfallen, so wird man dies in Deutschland um so weniger als eine Niederlage empfinden, als auch dann Spanien nur unter der Bedingung in den Besitz der Karolinen gelangen wird, daß es vorher die deutschen Handels- und Verkehrsinteressen auf jener Inselgruppe in jeder Weise sicher stellt. Man würdigt in Madrid jetzt die Gründe, welche Deutschland vermocht haben, durch das Angebot der Vermittlung des Spanien so günstig gefinnenen Oberhauptes der katholischen Kirche seine Friedensliebe zu betheiligen. Bei diesem Entschlusse war in erster Linie die Ueberzeugung maßgebend, daß der Bestand der gegenwärtigen Regierung in Spanien, vielleicht sogar der Dynastie von einer für Spanien ehrenvollen Austragung des Karolinenkonflikts abhängig sei. Daß Spanien es nur seinem mit Deutschland befreundeten König verbandt, wenn jetzt ein friedlicher Ausgleich erfolgt und daß eine selbst mit dem französischen Freistaat verbündete spanische Republik von dem Deutschen Reiche größere Einbußen als die Karolinen zu befürchten hätte, das werden wohl heute schon alle spanischen Patrioten einsehen. Dieselben haben auf alle Fälle die friedliche und ehrenvolle Schlichtung des Kolonialstreites ihrem wackern jungen König zu danken, ohne dessen standhafte Friedensliebe und Beliebtheit am deutschen Kaiserhofe die Entscheidung an einem ganz andern Orte vollzogen worden wäre, als im Vatikan zu Rom.

Tageschau.

Freiberg, den 30. September.

Heute vollendet die deutsche Kaiserin ihr 74. Lebensjahr und begeht die in den letzten Jahren durch schwere körperliche Leiden heimgesuchte hohe Frau zur allgemeinen Freude diesmal ihr Wiegenfest in verhältnismäßig zufriedenstellendem Wohlbefinden. Mit bewundernswerther Standhaftigkeit und Ergebung ertrug die deutsche Kaiserin ein mehrjähriges Duldbethum und steht nur zu hoffen, daß sie nach ihrer endlich glücklich erfolgten Wiederherstellung noch eine längere Reihe von Jahren dem Leben und emer anerkannt segensreichen Wirksamkeit auf dem Gebiete der Wohlthätigkeit und der Organisation der Krankenpflege erhalten bleibt. Gestern Mittag haben die kaiserlichen Majestäten in Baden-Baden den Besuch des Königs der Belgier empfangen, welcher vorgestern Nacht dort eingetroffen war. Ferner empfingen beide Majestäten die Besuche der aus Anlaß der Einzugsfeierlichkeiten am badischen Hofe anwesenden fürstlichen Gäste. Um 5 Uhr fand zu Ehren des Königs der Belgier bei den Majestäten ein kleineres Diner statt. Nach demselben erwartete das Kaiserpaar den ersten Besuch S. K. R. H. H. des Erbgroßherzogs und der Erbgroßherzogin von Baden nach deren Vermählung.

Der Zentralverein deutscher Industrieller beantragte bei dem deutschen Reichskanzler eine Enquête über die Währungsfrage und begründete diese Anregung durch folgende Sätze: „Die Unterzeichneten halten eine staatliche Enquête der deutschen Reichsregierung über die Währungsfrage und die dabei in Betracht kommenden praktischen Erfahrungen und Bedürfnisse der verschiedenen Volksklassen für dringend geboten. Sie glauben dem Zentralverband Deutscher Industrieller empfehlen zu müssen, diese Enquête auch seinerseits durch entsprechende Vorarbeiten und Untersuchungen zu stützen. Für vorgedachte